

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung
(62. - öffentliche - Sitzung am 3. November 2016)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018 -) und Ergänzungsvorlage zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6060](#) neu

- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2016 - 2020**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/6340](#)

*Der Ausschuss beriet unter Einbeziehung der Mipla 2016 - 2020 den **Einzelplan 02** - Staatskanzlei -, den **Einzelplan 03** - Ministerium für Inneres und Sport - mit dem **Kapitel 03 91**, den **Einzelplan 05** - Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - mit dem **Kapitel 05 91**, den **Einzelplan 08** - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - mit den **Kapiteln 08 91, 50 86 und 50 87**, den **Einzelplan 09** - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - mit den **Kapiteln 09 06, 09 10, 09 30, 09 31, 50 96 und 50 97**, den **Einzelplan 15** - Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz - mit den **Kapiteln 51 52 und 51 53**. Er nahm die **Einbringung** durch Staatssekretärin Honé entgegen und führte die **Allgemeine Aussprache** sowie die **Einzelberatung** durch.*

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die näheren Umstände der Vergabe der Evaluation zur Einrichtung der Ämter für Regionale Landesentwicklung durch Herrn Prof. Bogumil (Bochum)**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein zur zweiten Änderung des Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit und der Förderfonds in der Metropolregion Hamburg**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6718](#)

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtags vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen. Als Berichterstatter für das Plenum wurde der Abg. Mustafa Erkan (SPD) benannt. Es ist ein schriftlicher Bericht gewünscht.

4. **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Fortführung des Förderfonds in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e. V.**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6719](#)

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtags vorbehaltlich der Voten des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen und des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen. Als Berichterstatter für das Plenum wurde der Abg. Christian Dürr (FDP) benannt. Es ist ein schriftlicher Bericht gewünscht.

5. Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union

Der Ausschuss nahm die von ihm erbetenen, ihm zwischenzeitlich in schriftlicher Form zugestellten Unterrichtungen zu Bundesratsangelegenheiten ohne Aussprache zur Kenntnis.

6. Terminabsprachen

Der Ausschuss besprach Terminfragen.

Der Ausschuss vereinbarte, in der Sitzung am 17. November 2016 die folgenden Mitberatungen durchzuführen:

- *Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie korrigieren - ältere Menschen und junge Familien nicht von Wohnimmobilienkrediten ausschließen - überschießende Regulierung zurücknehmen
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6681](#)*
- *Wohneigentum fördern - Bessere Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/6684](#)*

Er bat die Landtagsverwaltung, Informationen zu aktuellen Entwicklungen in den auf der Bundesebene zu diesem Themenbereich geführten Beratungen einzuholen und ihm zur Verfügung zu stellen.

Er nahm die Information zur Kenntnis, dass der Vertreter der EU-Kommission in Berlin am 26. Januar 2017 ab ca. 14.30 Uhr an einer Sitzung des Ausschusses teilnehmen wird.

Er verständigte sich darauf, in der Sitzung am 17. November 2016 zu klären, ob vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene und insbesondere vor dem Hintergrund der Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union im Frühjahr 2017 noch einmal eine Informationsreise des Ausschusses nach Brüssel stattfinden soll.

Er kam überein, sich in seiner Sitzung am 1. Dezember 2016 durch Herrn Minister Lies über dessen Aussagen vom 20. Oktober 2016 vor dem Untersuchungsausschuss des EU-Parlaments zur Abgas-Affäre unterrichten zu lassen.